

Spree-Athen e.V.



Die Gründerkrise von 1873/79 als historische Lernkapazität zur Bewältigung der aktuellen Finanz- und Weltmarktrezession

Von Prof. Dr. Margrit Grabas

Wenn man die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise angemessen verstehen will - und das wäre ja auch die Voraussetzung, sie überwinden zu können - muss man diese Krise in wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive sehen. Dabei greift aber die - vorschnelle - Analogie zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre zu kurz. Demgegenüber wäre durch die eingehendere Beschäftigung mit der Depression von 1873-79 viel zu lernen. Über das hohe, aber bislang vernachlässigte Lernpotential der "Gründerkrise" für die Bewältigung der aktuellen Krise hielt Margrit Grabas von der Universität des Saarlandes am 14. Mai bei "Spree-Athen e.V." in Berlin einen Vortrag. Im Folgenden die von der Autorin überarbeitete Fassung dieses Vortrages.

O. Einleitung

Pünktlich zur gegenwärtigen Weltmarktrezession hat der Philosoph Peter Sloterdijk ein fulminantes Werk auf den Buchmarkt gebracht [1], in dem es vor dem Hintergrund des Globalisierungsschubs seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert letztlich um das kontrovers diskutierte Spannungsverhältnis zwischen zwei unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhaltensaufforderungen geht: Zum einen geht es um Rainer Maria Rilkes entlehnten und zugleich als Buchtitel verwendeten Imperativ „Du musst dein Leben ändern!“ (aus dem Gedicht „Archaischer Torso Appolos“, letzte Zeile), der sich – im Sinne Immanuel Kants – an einzelne, ganz konkrete Individuen richtet; zum anderen aber wird der eher abstrakt wirkende Imperativ „Du mußt das Leben ändern!“ in seinem allgemein-visionären Ausspruch kritisch hinterfragt.

In dieser – sowohl philosophischen, historischen als auch religionswissenschaftlichen Auseinandersetzung, die Meike Fessmann vor kurzem als einen herausragenden Beitrag zur Globalisierungsproblematik gewürdigt hat [2], formuliert Sloterdijk nun die Auffassung, daß die globale Krise die „einzige Autorität“ sei, die heute sagen dürfe: „Du mußt dein Leben ändern!“

Der in dieser These unterstellte entwicklungsrelevante Zusammenhang von Krise und Veränderung ist zwar nicht neu, in seiner akteurzentrierten Begründung aber hoch aktuell – er soll deshalb meinem Vortrag als Leitidee dienen.

In einem ersten Teil werde ich kurz drei methodologische Prämissen vorstellen, die gewissermaßen als konjunkturhistorische Modifikation der Sloterdijkschen These betrachtet werden können. In einem zweiten Schritt plädiere ich für die Notwendigkeit, im Unterschied zur gegenwärtigen Mainstream-Diskussion die Große Depression von 1929/32 als Referenzfolie für die aktuelle Weltmarktrezession zu relativieren. Im Zentrum meiner Ausführungen steht schließlich die Gründerkrise von 1873/79, die für die Bewältigung der gegenwärtigen Probleme m.E. ein bislang vernachlässigtes Lernpotential aufweist. [3]

I. Konjunkturmethologische Prämissen

Erstens: Konjunkturelle Abschwungsbewegungen modernen Wirtschaftswachstums sind institutionell zwar an den Marktmechanismus gebunden und insofern prinzipiell in ihrem durch Länge und Amplitude geprägten Verlaufsbild anhand konjunkturreakibler Indikatoren – den sogenannten stilisierten Fakten – quantifizierbar. Dennoch lassen sie sich letztlich „im wesentlichen auf menschliches Verhalten, auf die Stellungnahmen, Entscheidungen und Handlungen von Personen zurückführen“. [4] Diese Aussage sozialer Konstruktion ökonomischer Phänomene gilt insbesondere für die Analyse einer durch „Zusammenbruch von Organisation und Moral“ herbeigeführten *Krise*, in die ein Konjunkturabschwung aufgrund konkret-historischer Bedingungen münden kann, nicht aber muss.

Mit Joseph A. Schumpeter wird aber davon ausgegangen, dass „in bestimmten Phasen eines Zyklus' (...) das Auftreten solcher Fälle sehr wahrscheinlich“ ist. [5] Ungeachtet ihrer systemischen Verursachung sind Wirtschaftskrisen damit das Resultat soziokulturell eingebetteter und institutionell sanktionierter Akteurs-Entscheidungen.

Zweitens: Wirtschaftskrisen sind sowohl *Ereignis* als auch *Prozess* und in dieser Einheit wiederum Baustein eines längerfristigen Prozesses: Als historische, ganz direkt und unmittelbar von den zeitgenössischen Akteuren wahrgenommene und erlebte – durch Unsicherheit und Verlust geprägte – Wirklichkeit besitzen sie eine auf kurze Zeit zusammengedrückte Steuerungsrelevanz individuellen und kollektiven Verhaltens, das prinzipiell auf *Veränderung* ausgerichtet ist.

Drittens: Wirtschaftskrisen besitzen allerdings nicht gleichermaßen sozioökonomisches Veränderungspotential. Während konjunkturell bedingte Rückschläge lediglich dazu beitragen, ökonomische Verhaltenspfade wachstumsrelevant zu stabilisieren oder entlang einer strukturell gegebenen Produktionsfunktion zu verbreitern, leiten Strukturkrisen in der Regel einen grundlegenden Wandel (markt)wirtschaftlicher Strukturen und institutioneller Regelmechanismen ein. Grundlage hierfür bilden Prozesse „fundamentalen Lernens“ (Hansjörg Siegenthaler), die im Zeitablauf durch variierende Kommunikationsformen und -bedingungen entweder beschleunigt oder aber auch blockiert werden können. [6]

In letzterem Zusammenhang stellt sich allerdings die nach wie vor offene Frage, ob man nur aus der jeweils aktuellen Krisenerfahrung oder auch aus der Geschichte lernen kann. Damit möchte ich zu meinem zweiten Teil überleiten.

II. Historische Krisen als individuelle und kollektive Lernkapazität

Anders als Vertreter der allgemeinen Geschichtswissenschaft, die ein Lernen aus der Vergangenheit oftmals bezweifeln, ist die Wirtschaftsgeschichtsschreibung diesbezüglich optimistischer – immerhin zielt sie nicht zuletzt darauf ab, mit Hilfe analytischer Methoden Muster von historischen Konjunktur- und Wachstumsprozessen herauszuarbeiten.

So hilfreich insofern der während der letzten Monate – vielfach erfolgte – Rekurs gerade auf die Weltwirtschaftskrise von 1929/32 zweifellos ist, so notwendig scheint es dennoch, die Bedeutung der Großen Depression für die Bewältigung aktueller Zwangslagen zu relativieren. Immerhin gibt es zwischen damals und heute mindestens zwei eklatante Unterschiede: Erstens handelte es sich bei dem damaligen Kollaps des Weltwirtschafts- und Währungssystems um den Kulminationspunkt eines bereits während der 1920er Jahre krisenhaft verlaufenden Prozesses der Umstrukturierung des Weltmarktes, die von einer folgenreichen Destabilisierung des Goldstandards überlagert wurde. Die schwere Bankenkrise des Schicksalsjahres 1931 hat also die mit dem amerikanischen Börsenkrach offen in Erscheinung tretende Weltwirtschaftskrise lediglich akzeleriert und verstärkt. „Jetzt aber ist es umgekehrt: Wir hatten erst eine Bankenkrise, aber am Ende einer allgemeinen Hochkonjunktur, die in eine Rezession mündet“. [7]

Zweitens wiederum waren die gesamten 1920er Jahre als Folge des Ersten Weltkrieges durch politische Instabilität der damaligen Staatenwelt geprägt. Anstelle einer Kooperation zwischen den führenden Industrienationen kam es zu einer krisenverschärfenden Abschottung der Märkte, zu einer kurzsichtigen Fokussierung einzelstaatlicher Handelsinteressen mit dem Ergebnis einer seit Beginn der 1930er Jahre schnell um sich greifenden tiefen Desintegration der Weltwirtschaft, unter der insbesondere Europa zu leiden hatte. Das heutige Europa hingegen kann politisch im institutionellen Rahmen der EU agieren und kommunizieren, der

ungeachtet zahlreicher Reibungsprozesse prinzipiell stabil genug ist, gemeinsam mit der atlantischen Welt die Herausforderung eines globalen Krisenmanagements erfolgreich zu bewältigen. Die mehr oder weniger aufeinander abgestimmten liquiditätserhöhenden Maßnahmen der jeweiligen Regierungen bzw. der EU – seien es nun Zinssenkungen, Konjunkturpakete oder Vertrauen wiederherstellende Garantieerklärungen für das stark angeschlagene Finanzwesen – haben in den letzten Monaten jedenfalls zum Ausdruck gebracht, daß die Staatengemeinschaft zumindest unter politischem Aspekt aus der Tragödie der Zwischenkriegszeit gelernt hat.

Allerdings bilden die bislang praktizierten antizyklischen Steuerungsstrategien noch keine Garantie dafür, die gegenwärtige Rezession in den Griff zu bekommen. Hierfür wäre zuallererst eine genaue Ursachenanalyse notwendig, die sich nicht primär auf den Finanzmarktsektor mit seinen eher kurzfristigen Spekulationsexzessen konzentriert. „Wenn wir wirklich begreifen wollen, was jetzt passiert“ – so vor kurzem auch Immanuel Wallerstein – „müssen wir zwei andere Temporalien ins Auge fassen, die weit aufschlussreicher sind, nämlich zum einen die mittelfristigen Schwankungen der Konjunkturzyklen, zum anderen die langfristigen strukturellen Trends.“^[8] Dann aber besitzt der historische Vergleich mit der Großen Depression, die aufgrund politischer Sonderfaktoren eklatant von den klassischen Konjunktur- und strukturellen Trendzyklen der marktwirtschaftlichen Entwicklung abweicht, in der Tat einen eher begrenzten Erkenntniswert. Dann sollte man auch den empirischen Befund, dass die internationale Finanz- und Weltmarktkrise von 2008/9 einen Wendepunkt im Konjunkturzyklus markiert und insofern gerade *nicht* aus dem marktwirtschaftlichen Bewegungsrhythmus des Wachstums herausfällt, ernst nehmen: ihre tiefer liegenden Ursachen müssen in den komplexen Wechselwirkungen zwischen Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkten gesucht werden, wie sie sich während der vorausgegangenen Hochkonjunktur entwickelt haben und die mindestens durch zwei längerfristig wirkende Wachstumskomponenten strukturell miteinander verklammert waren:

Erstens durch ein auf Deregulierung orientiertes institutionell-politisches Regime, das kurzfristige Renditeerwartungen belohnt, nachhaltiges Wirtschaften hingegen unattraktiv gemacht hat; *zweitens* durch eine von Arbeitsplatzabbau begleitete Entfaltung des digital-technischen Zeitalters.

Unter Berücksichtigung der zugrundegelegten Sloterdijkschen Leitidee ist es allerdings nicht unwahrscheinlich, dass die derart verursachte Rezession zu Veränderungen sowohl im Spannungsverhältnis von Staat und Wirtschaft als auch in der qualitativen und damit letztlich technologischen Ausrichtung des Wachstums führt. Werden – so die hier aufgestellte *Hypothese* und zugleich *Hoffnung* – in letzterem Kontext insbesondere umwelt- und ressourcenrelevante Aspekte eine seit langem angemahnte Rolle spielen, so verweist der hinsichtlich der Abkoppelung der Finanzmarktdynamik von der Realwirtschaft geführte transnationale ordnungspolitische Diskurs auf die Notwendigkeit, unter Berücksichtigung auch ethischer und moralischer Kriterien neue Regeln in das marktwirtschaftliche System zu implementieren.

Für die gesellschaftspolitische Steuerung einer derartigen sozioökonomischen und institutionell-politischen Neustrukturierung der wirtschaftlichen Entwicklung kann es hilfreich sein, den derzeit auf die Große Depression der frühen dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts verengten Blick für andere, weitaus weniger dramatische, wenngleich ebenso zäsursetzende Rezessionen der Vergangenheit zu öffnen: So z. B. für die mit spektakulären Kurseinbrüchen an den internationalen Börsen beginnende und den zwei Jahrzehnte

umfassenden Eisenbahn-Takeoff abrupt beendende Strukturkrise von 1873/79, auch als „Gründerkrise“ bekannt. Sie steht im Zentrum des dritten Teils meines Vortrages.

III. Die Gründerkrise von 1873/79: Verlauf und Ursachen

a) Zunächst werde ich kurz den Verlauf der Krise skizzieren:

Am 1. Mai 1873 wurde in Wien eine mit Spannung erwartete neue Weltindustrierausstellung eröffnet. Mit ihr hatte sich die Hoffnung verbunden, die seit einigen Monaten weltweiten Probleme einer zunehmenden Geldknappheit sowie einer Ansammlung von international nicht absetzbaren Waren zu überwinden. Im Vertrauen auf diese Weltausstellung wurde an allen wichtigen Plätzen der Spekulation weiter spekuliert, trotz „höchster Anspannung des Kredits und weitgespannter Wechselreiterei.“^[9] Natürlich war es ein Trugschluss zu glauben, das Vorführen der neuesten technologischen Errungenschaften könne ad hoc zu einer Entspannung verstopfter Märkte und zur Verflüssigung finanzieller Kanäle führen. Nur eine Woche nach Eröffnung der Weltausstellung, konkret am 9. Mai des Jahres 1873, brach in Wien eine Wertpapierbörsen- und Gründerkrise aus, deren Anfang Joseph Neuwirth, ein zeitgenössischer Wirtschaftsjournalist, wie folgt beschreibt: „Am 9. Mai sistierte die Wiener Börse ohne weiteres ihren Verkehr und damit auch sich selber. Die Börsenräume waren offen, aber nicht als ein Markt, sondern als ein Tummelplatz der wildesten Leidenschaften. (...) Das war der folgenschwere Ausgangspunkt jenes Misstrauens, welches sich von da ab immer tiefer einfräß.“^[10]

Das Krachen und der Sturz der Wertpapiere währte fünf Monate; allein am ersten Tag der österreichischen Börsenpanik wurden in Wien 78 Insolvenzen erklärt. Zunächst schien es, als handelte es sich um eine regional begrenzte Finanzkrise. Doch spätestens mit dem Zusammenbruch des Bankhauses Jay Cook & Co. in New York am 20. September erlebte auch die amerikanische Börse schwere Turbulenzen, die unmittelbar auf England und bald auch auf den Kontinent übergriffen.

Nach einer kurzen, vorübergehenden Erholung erfasste die Finanzpanik schließlich den deutschen Markt; Anfang Oktober brach das Bankhaus Quistorp in Berlin zusammen. Alle durch das Bankhaus gegründeten 14 Unternehmungen stürzten mit; ein Verlust von 41 Millionen Mark! Noch schlimmer aber wurden die Aktionäre der Mamrothschen Zentralbank für Bauten mit einem Verlust von fast 47 Millionen Mark sowie die der Preußischen Bodenkredit-Anstalt mit einem Verlust von sogar 60 Millionen Mark getroffen. Den Berliner Bankrotten folgte eine rasch um sich greifende Zusammenbruchsdynamik überall in Deutschland, die fast zwei Monate andauerte und die damalige Gesellschaft durch dramatisch sinkende Aktienkurse in Atem hielt – ein Vorgang, der bis 1929 keine Wiederholung finden sollte und bis zum Jahre 1873 ebenfalls unbekannt war. Anfang 1874 gingen 61 Banken, 116 Industriegesellschaften und 4 Eisenbahngesellschaften in Liquidation; Ende 1874 hatten dann allein in Preußen 77 Gesellschaften Bankrott angemeldet.

Die internationalen Bankzusammenbrüche und die Börsenpanik waren aber nur der Beginn der eigentlichen Krise, die überall in Europa und Übersee – mehr oder weniger intensiv – die Realwirtschaft erfasste und insbesondere in Deutschland zu tiefgreifenden sozioökonomischen Destabilisierungen führte.^[11] Nachdem zunächst die Nachfrage nach Luxusartikeln zurückging, war bald die gesamte deutsche Volkswirtschaft durch Produktionsrückgänge, Preiseinbrüche, Arbeitslosigkeit sowie Verminderung der

Investitionstätigkeit gekennzeichnet. Der Tiefstpunkt dieser rückläufigen Bewegung war erst im Jahre 1878/79 erreicht. Die Nettoinvestitionsquote betrug nur noch 7 % im Vergleich zu 17 % im Hochkonjunkturjahr 1873, eine Entwicklung, unter der die Investitionsgüterindustrie überdurchschnittlich zu leiden hatte.

Wie so oft während Krisenzeiten erwies sich hingegen der Export schon bald als Ausgleich für die sinkende Binnenmarktnachfrage, obwohl die Krise international war. Nur so ist es denn auch zu erklären, dass sich in den sogenannten Mengenreihen der Industrieproduktion die Gründerkrise weitaus weniger katastrophal als in anderen konjunkturereagiblen Indikatoren zeigte. Zwar weist das Nettosozialprodukt in laufenden Preisen zwischen 1874 bis 1879 einen Rückgang von 15 % auf.^[12] Dieser starke Rückgang erklärt sich aber zu einem großen Teil aus dem während dieses Zeitraums erfolgten rapiden Preisverfall. Die Export- und damit auch die weitere Mengensteigerung war demzufolge auf der Grundlage stets sinkender bzw. stagnierender Preise realisiert worden, ein Phänomen, das noch bis 1895 anhielt.^[13]

Die langanhaltende Deflation – die im Investitionsgüterbereich besonders intensiv in Erscheinung trat – war unmittelbar gekoppelt mit starken Umsatzeinbußen und dementsprechenden Gewinnreduktionen. So ist es denn auch nachzuvollziehen, daß ungeachtet einer bald wieder ansteigenden Produktion weithin ein allgemeines Jammern und Klagen der Unternehmer die Signatur der damaligen Zeit bildete – und zwar nicht nur in Deutschland.

Aufgrund dieser sozialpsychologischen Implikationen ist die damalige Stagnationsperiode schon 1934 für England von Beales als sog. Große Depression bezeichnet worden.^[14] Hans Rosenberg hat diesen Begriff 1967 dann zur Analyse der Kaiserreichszeit verwendet.^[15]

Zusammenfassend lässt sich hinsichtlich des Verlaufs festhalten, daß die mit dem Börsenkrach von 1873 eingeleitete Weltwirtschaftskrise sowohl unter dem Aspekt ihrer Länge als auch dem ihrer Intensität außergewöhnlich war. Sie hat die Periode des zwei Jahrzehnte umfassenden „Eisenbahn-Takeoff“ beendet und durch ihre Schwere die damaligen Gesellschaften vor eine große Herausforderung gestellt. Arbeitslosigkeit, Rentabilitätsprobleme und Preisdeflation waren selbst dann noch bedrückend, als die Krise 1879 ihren Tiefstpunkt erreicht hatte und das Bruttosozialprodukt mit Beginn der 1880er Jahre wieder langsam steigende Wachstumsraten erzielte. Offensichtlich befand sich die Weltmarktentwicklung in einem tiefgreifenden Umstrukturierungsprozeß, der nur langfristig bewältigt werden konnte. Damit aber bin ich bereits bei der Ursachenerklärung, die ich im Folgenden speziell für Deutschland vornehme.

b) Ursachen

In der einschlägigen Literatur werden in diesem Zusammenhang vor allem drei Ereignisse hervorgehoben, die von den meisten Autoren zugleich auch als Hauptursache der schweren Wachstumsstörung zu Beginn der 1870er Jahre betrachtet werden: *Erstens* die Gründung des Deutschen Kaiserreiches im Jahre 1871; *zweitens* der Sieg im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 sowie *drittens* die Aufhebung der Konzessionspflicht für Aktiengesellschaften durch das Bundesgesetz vom 11. Juni 1870. Alle diese drei Faktoren haben dazu geführt, dass dem Ausbruch der Krise eine in der Geschichte des 19. Jahrhunderts beispiellose Spekulations- und Gründungsdynamik vorausgegangen war.^[16] Es waren diese drei Faktoren, durch die der 1868 einsetzende konjunkturelle Aufschwung zu Beginn der 1870er

Jahre eine ungesunde Richtung einschlug, von der schon bald klar wurde, dass die während dieser Zeit errichteten Luftschlösser irgendwann zusammenbrechen, die Blütenträume zerplatzen mussten. In nicht mehr als vier Jahren, von 1870 bis 1874, war das Nettosozialprodukt um mehr als 50 % gestiegen – dies aber waren knapp 15 % mehr, als während der gesamten zwanzig Jahre nach dem Börsenkrach von 1873 erzielt worden sind.

Der Zusammenbruch der Wirtschaft war in seiner spezifischen Ausformung insofern ein direktes Resultat eines fieberhaften Spekulations- und Gründerrausches und einer damit einhergehenden unrealistischen Kapazitätsausdehnung im industriellen Sektor, die dem kurzen Zeitraum zwischen 1869/70 und 1873/74 in der Literatur deshalb auch die Bezeichnung „Gründerzeit“ oder auch „Gründerboom“ bzw. „Gründerjahre“ eingebracht hat.

Ohne auf die damaligen exzessiven Auswüchse der wirtschaftlichen Entwicklung im einzelnen einzugehen, soll zumindest beispielhaft verdeutlicht werden, wie weit sich spekulative Prozesse von der Realwirtschaft abkoppeln und den volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang destabilisieren können, wenn der Marktmechanismus keiner institutionell sanktionierten, ethische Aspekte implizierenden Kontrolle unterliegt.

Nach der siegreichen Beendigung des Deutsch-Französischen Krieges und der Reichsgründung vom 18. Januar 1871 hatte sich in Deutschland eine optimistische Stimmung und die Vorstellung grenzenloser ökonomischer Möglichkeiten ausgebreitet. Endlich war die lang ersehnte Einigung der deutschen Bundesstaaten zu einem einheitlichen Nationalstaat errungen und die immer noch vorhandenen wirtschaftlichen Barrieren einer Währungszersplitterung, einer Gesetzesvielfalt sowie eines länderspezifischen Bankensystems waren überwunden. Ein Gefühl der Stärke nach innen und nach außen dynamisierte die ökonomischen Erwartungen, die nicht zuletzt durch die Erfahrungen des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs und des damit verbundenen Siegeszugs des Liberalismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts genährt worden sind. Neben der Reichseingliederung Elsaß-Lothringens, war es der unerwartete liquiditätsrelevante Einschuss von rund 5 Mrd. Goldfrancs aus der französischen Kriegskontribution, die im neu gegründeten Einheitsstaat das Gefühl der wirtschaftlichen Hochstimmung potenzierte. Wilhelm Raabe, ein deutscher Erzähler des 19. Jahrhunderts, erkannte aber schon damals deren Gefahr: „So war im deutschen Volke der Goldsack aufgegangen, und die Taler rollten auch in den Gossen und nur zu viele Hände griffen auch dort danach.“^[17]

Die Gründungseuphorie der frühen 1870er Jahre war aber noch durch ein drittes Ereignis bestimmt – nämlich durch das Inkrafttreten einer neuen Aktiengesetzgebung des Norddeutschen Bundes. Zwar war das noch aus den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts stammende Aktiengesetz reformbedürftig, weil es dem Staat zu viele Eingriffsrechte in den ökonomischen Prozeßablauf eingeräumt und vor allem die Gründung von Aktienbanken verhindert hatte. Aber die neue Aktiengesetzgebung stellte keine Reform im Sinne einer Vervollkommnung dar; sie war ganz im Gegenteil eine gesetzlich legitimierte Aufforderung zur wirtschaftlichen Anarchie, zur zügellosen, unkontrollierten Neugründung von Aktiengesellschaften. Das am 11. Juni 1870 verabschiedete und bis 1874 auch im neugegründeten Reich eingeführte Gesetz beinhaltete nämlich eine sofortige Aufhebung des staatlichen Konzessions- und Aufsichtsrechts für Aktiengesellschaften, verbunden mit einem Verzicht auf eine gesetzliche Regelung der Gesellschaftssatzungen und Geschäftsordnungen. Nur Eisenbahngesellschaften und Notenbanken blieben auch weiterhin genehmigungspflichtig.

Mit der neuen Aktiengesetzgebung hatte der ökonomische Liberalismus, durch den sukzessive während der beiden vorausgegangenen Jahrzehnte protektionistische und andere Regulierungsinstitutionen verdrängt wurden, seine extremsten Forderungen erreicht. In nur vier Tagen wurde die Liberalisierung der Aktiengesetzgebungspraxis durchgepeitscht, ohne Einbau von Sicherheitsklauseln für Gläubiger und Aktionäre, die nunmehr völlig schutzlos einem schnell um sich greifenden Gründerswindel ausgeliefert waren. Gekoppelt mit den beiden anderen Faktoren breitete sich unter den Finanzakteuren und sonstigen Unternehmern „eine Art Sozialdarwinismus“ aus, der keinerlei Moral mehr kannte und die auch nicht vom Staat eingefordert wurde. Die Boden- und Aktienspekulation wurde zusätzlich vorangetrieben durch die große Not auf dem Wohnungsmarkt, der das expandierende Bevölkerungswachstum nur schwer bzw. gar nicht absorbieren konnte. Von der Mitte des Jahres 1870 bis zur Mitte des Jahres 1873 wurden in Deutschland fast 1000 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 3,6 Milliarden Mark gegründet; allein im Jahre 1872 wurden an der Berliner Börse die Aktien von 63 Banken neu eingeführt und in dem gleichen Jahr in das Berliner Handelsregister 144 neue Gesellschaften mit einem Kapital von 363 Millionen Mark eingetragen.

Dabei sollte es von besonderer Brisanz sein, dass ein Großteil der damals gegründeten Gesellschaften oder Unternehmen schlicht und einfach auf Schwindel basierten. So gehörte es zum Erscheinungsbild der „Gründomanie“, daß z. B. ehemals privatrechtlich geführte Unternehmen mit einer unrentablen Kapitalstruktur nunmehr die Rechtsform der Aktiengesellschaft wählten und im Rahmen dieses Umwandlungsvorganges einen auch nicht annähernd realistischen Sachwert zugrundelegten. Kurz: Die Welt war aus den Fugen geraten.

Die Zahl der Beispiele für die damaligen Spekulationsexzesse ließe sich beliebig fortsetzen. Der anfänglichen Freude über die Einheit Deutschlands, die für Viele mit der Hoffnung auf eine Lösung anstehender Probleme einhergegangen war, folgte schon bald eine herbe Ernüchterung. Keine der staatlichen Instanzen hatte sich bemüßt gefühlt, aufgrund der sozioökonomischen Folgewirkungen in den Prozess nach grenzenloser Bereicherungssucht, der auch Teile des Bürgertums und des Adels vergiftet hatte, ernsthaft einzugreifen. Das Maß für die Realität, die Fähigkeit zur Wahrnehmung der sich anbahnenden Katastrophe, schien zerstört gewesen zu sein. Freilich gab es einzelne – vor allem Schriftsteller, Wissenschaftler und Journalisten – die warnend ihre Stimme erhoben, motiviert durch die Enttäuschung, dass „das herbeigesehnte neue Reich seine Geschichte mit dem Tanz um das goldene Kalb, einer übersteigerten Jagd nach Geld und Reichtum“ begonnen hatte. [18] Sie wurden aber ebenso wenig zur Kenntnis genommen, wie die Sturmsignale, die durch den Anstieg des Diskontsatzes gegen Ende des Jahres 1872 bereits den Schatten der Krise vorausgeschickt hatten. So war die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands am Ende seines grandiosen „take-off“ an einem Punkt angelangt, an dem sie eigentlich die Hilfe des Staates gebraucht hätte, diese aber schließlich in zerstörerischer Art und Weise durch den Markt erfahren musste. Die im Oktober 1873 ausbrechende schwere Gründerkrise hat damit aber nicht nur die Illusion einer harmonischen Selbstheilungskraft des Marktes zunichte gemacht; die Krise hat die „deutsche Wirtschaft ... hart auf ihre realen Wachstumsmöglichkeiten zurückgeworfen“. [19]

Aus dieser Feststellung kann nun allerdings nicht die in der einschlägigen Literatur oftmals zu lesende Schlussfolgerung gezogen werden, es hätte sich bei der „Gründerkrise“ primär um eine sogenannte *Rekonstruktionskrise* gehandelt, durch die die Wiederherstellung eines relativen Gleichgewichtswachstums – eine Korrektur der während des Gründerbooms erfolgten starken Trendabweichung – ermöglicht worden wäre.

Obwohl ein rechtzeitiges Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsablauf wahrscheinlich tatsächlich das Ausmaß der Krise begrenzt hätte, so wäre ein konjunktureller Abschwung als solcher um 1870 auf diese Weise hingegen kaum verhindert worden. Neben den bisher behandelten institutionell-politischen Faktoren gab es nämlich zugleich strukturell bestimmte Krisenfaktoren, die zum Abschluss kurz thematisiert werden sollen.

Marktwirtschaftliches Wachstum, so hatte bereits Schumpeter immer wieder betont, ist inhärent instabil, bewegt sich in konjunkturellen Auf- und Abschwüngen und kann insofern lediglich in seinem äußeren Erscheinungsbild durch konkret-historische Ereignisse oder Prozesse beeinflusst werden.^[20] Dies gilt nicht nur unter mittelfristigem, sondern auch unter langfristigen Aspekt, weil es in Abhängigkeit schubartig sich ausbreitender Basisinnovationen ab einem bestimmten Zeitpunkt immer wieder zu einer Destabilisierung der durch sie etablierten Führungssektoren kommt, die für einen gewissen längerfristigen Zeitraum strukturbestimmend sind.^[21] Ein solcher Zeitpunkt war gegen Ende der 1860er Jahre erreicht. Im Verlaufe des Eisenbahn-Takeoff war es zu einer relativ einseitigen Dynamisierung des Investitionsgüterbereichs gekommen; die Konsumgüterindustrien hingegen profitierten im Unterschied dazu nur partiell von dem damaligen Führungssektor. Parallel dazu kam es seit den späten 1860er Jahren innerhalb des schwerindustriellen Komplexes zu rentabilitätsmindernden Veränderungen der Produktionskostenstruktur, auf die die Hüttenindustrie mit Rationalisierungen reagierte. Infolge der institutionell-politischen Veränderungen zu Beginn der 1870er Jahre wurde dieser Trend eines Wechsels von Erweiterungs- zu Intensivierungsinvestitionen jedoch unterbrochen. Anstatt den eingeschlagenen Weg eines ökonomisch rationalen Kapazitätsabbaus bei gleichzeitiger Einführung des arbeitssparenden technischen Fortschritts fortzusetzen, war es durch den „Gründeraufschwung“ zu einer kontraproduktiven weiteren Produktionsausdehnung gekommen.

Mit dem Ausbruch der Gründerkrise trat die für eine gewisse Zeit noch künstlich verdeckte unrentable Kostenstruktur mit einem Schlag offen in Erscheinung, und das bereits seit längerem instabile Kartenhaus stürzte zusammen: Hochöfen wurden stillgelegt, Arbeiter massenhaft entlassen, Preise gesenkt und die Produktion gedrosselt. Dieser Prozess hielt so lange an, bis die überproportional ausgebauten Kapazitäten der Schwerindustrie an die reale Nachfrage der Volkswirtschaft, aber auch des Weltmarktes angepasst waren. Dabei wirkte es sich besonders schmerzhaft aus, dass die schwerindustrielle Nachfragestruktur nicht mehr – wie in den 25 Jahren zuvor – primär durch die Eisenbahn bestimmt war. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes hatte nach etwa 25 Jahren Expansion eine relative Sättigungsgrenze erreicht: Noch nicht einmal 6 % aller Nettoinvestitionen der deutschen Wirtschaft entfielen auf die Eisenbahn, ohne dass ein wachstumsdynamisierendes Äquivalent in Sicht gewesen wäre. Die daraus resultierenden ökonomischen, aber auch sozialen Probleme waren riesig. Als sozioökonomische Zwangslage der deutschen Industrie steckten sie einerseits die Handlungsspielräume der Akteure ab, bildeten andererseits aber gleichzeitig eine zukunftsrelevante gesellschaftliche Herausforderung.

Abschließend kann – unter Bezugnahme auf die Leitidee dieses Vortrages, dass Krisen unser Leben ändern – folgendes festgehalten werden: Die Gründerkrise leitete sowohl unter sozioökonomischem als auch unter technologischem Aspekt einen innovativen Such- und Lernprozess ein, der die Voraussetzung für Deutschlands Aufstieg zur ökonomischen Führungsmacht Europas schuf. Zugleich forcierte sie die Implementierung neuer – informeller und formeller – Institutionen, die in ihrer Gesamtheit – in Gestalt eines korporativen Systems von Marktwirtschaft –^[22] zum Markenzeichen des deutschen Industriekapitalismus avancierten. Damit bildete die schmerzhafteste Erfahrung, dass auch ein marktgesteuertes

Wirtschaftswachstum gewisser staatlicher Regulierungen bedarf, einen *institutionell-politischen* Ausgangspunkt einerseits für die erfolgreiche Beendigung der Industriellen Revolution um 1900, andererseits aber für die weitere Entfaltung der Marktgesellschaft während des 20. Jahrhunderts.

Anmerkungen

[1] Sloterdijk, P., Du mußt dein Leben ändern. Über Anthropotechnik, Frankfurt/M. 2009.

[2] Tagesspiegel v. 2.4.2009.

[3] Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf Grabas, M., Die Gründerkrise von 1873/79 – Jähes Ende liberaler Blümenträume. Eine konjunkturhistorische Betrachtung vor dem Hintergrund der Globalisierungsrezession von 2008/2009, in: Internationale Wissenschaftliche Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik – Berichte 182/183 (2009), S. 66-82. Dort auch detaillierte Literaturangaben.

[4] Vgl. Albert, H., Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung, in: Topitsch, E. (Hg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln 1965, S. 406/7.

[5] Schumpeter, J. A., Kann der Kapitalismus überleben?, (1936), wieder abgedruckt in: Matis, H. u.a. (Hgg.), Ist der Kapitalismus noch zu retten?, Wien 1993, S. 37/8.

[6] Vgl. zur konjunkturmethologischen Diskussion ausführlich Grabas, M., Konjunktur und Wachstum in Deutschland von 1895 bis 1914, Berlin 1992, S. 45 ff.

[7] So der Wirtschaftshistoriker Albrecht Ritschl (London School of Economics) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 24.10.2008. Vgl. Grabas, M., Die Gründerkrise, S. 67.

[8] Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2008, S. 5.

[9] Zitiert nach Oelßner, F., Die Wirtschaftskrisen. Bd. 1, Berlin (O) 1952, S. 255.

[10] Zitiert nach ebd.

[11] Vgl. zusammenfassend Wehler, H.-U., Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, 1849-1914, München 1995, S. 552 ff.

[12] Vgl. Borchardt, K., Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800–1914, in: Aubin, H. / Zorn, W. (Hgg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1989, S.198-275, S. 265.

[13] Vgl. zu den Preisentwicklungen Mottek, H. u.a., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Berlin (O) 1974, S. 162.

[14] Vgl. Beales, H. L., The „Great Depression“ in Industry and Trade, in: Economic History Review 5 (1934), S. 65-75.

[15] Rosenberg, H., Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.

[16] Vgl. zuletzt Burhop, C., Die Kreditbanken in der Gründerzeit, Stuttgart 2004, S. 11 ff. sowie Weigt, A., Der deutsche Kapitalmarkt vor dem Ersten Weltkrieg. Gründerboom, Gründerkrise und Effizienz des deutschen Aktienmarkts bis 1914, Frankfurt/M. 2005.

[17] Zitiert nach Kiesewetter, H., Industrielle Revolution in Deutschland 1815–1914. Frankfurt/M. 1989, S. 76.

[18] Mottek, Wirtschaftsgeschichte, S. 156.

[19] Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum, S. 265.

[20] Vgl. Schumpeter, J. A., Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. Bd. 1, Göttingen 1961, S. 5 sowie Grabas, M., Der Beitrag Schumpeters zur Erklärung von Stabilität und Instabilität der sozio-ökonomischen Entwicklung. Dargestellt an der Wirtschaftsgeschichte der DDR, in: Schinzing, F. (Hg.), Unternehmer und technischer Fortschritt, München 1996, S. 211-244, S. 217 ff.

[21] Vgl. Grabas, M., Einige methodologische Reflexionen zur konjunktur- und wachstumshistorischen Erforschung der Europäischen Nachkriegsprosperität (1948–1973) – dargestellt an der deutsch-deutschen Wirtschaftsgeschichte, in: Internationale Wissenschaftliche Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWWWW) – Berichte 178 (2008), S. 8-28, S. 23f.

[22] Vgl. hierzu ausführlich Abelshausen, W., Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung, Berlin 2003.

www.spree-athen-ev.de